

Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes

(Referendum gegen den Kantonsratsbeschluss vom 24. Januar 2006)

Stellungnahme des Bürgergemeinden und Waldeigentümer Verbands Kanton Solothurn BWSO

Ausgangslage

Das teilrevidierte Bürgerrechtsgesetz vom 24. Januar 2006 setzt die Vorgaben des Bundesrechts um. Der damit verbundene Wechsel von der Einbürgerungstaxe zu einer Kosten deckenden Gebühr ist ein wesentlicher Bestandteil des Bundesrechts. Der Kanton hat in diesem Punkt somit keine Handlungsfreiheit.

Das revidierte Gesetz wurde unter Mitwirkung von Vertretern der Bürgergemeinden erarbeitet. Dabei wurden verschiedene unserer Anliegen trotz entsprechender Bemühungen in der Vernehmlassungsvorlage noch nicht berücksichtigt. In der Vernehmlassung wehrten sich dann der Verband und viele Bürgergemeinden erfolgreich gegen die aus ihrer Sicht nicht notwendigen Regelungen und Einschränkungen für die Bürger- und Einheitsgemeinden. Auf Grund des Widerstandes und auch mit Unterstützung des Verbands der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) konnten verschiedene Verbesserungen erzielt werden. Insbesondere konnte erreicht werden, dass die Gemeinden frei sind, dem Gemeinderat oder der Gemeindeversammlung Einbürgerungszusicherungen zu erteilen. Zudem wurde die Bestimmung der zwingenden Gesuchseingabe an den Kanton fallen gelassen.

Das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz wurde in der vom Kantonsrat verabschiedeten Fassung sowohl von den Vertretern der Bürgergemeinden in der vorberatenden Kommission als auch vom Vorstand des BWSO unterstützt. Es entspricht zudem den derzeitigen Vorgaben der eidgenössischen Gesetzgebung.

Stärken des neuen Gesetzes aus Sicht des BWSO-Vorstandes

Das revidierte Bürgerrechtsgesetz bringt wenig Neues. Die bisherige bewährte Einbürgerungspraxis wurde praktisch unverändert beibehalten. Positiv zu erwähnen sind aus Sicht der Bürgergemeinden:

- Einreichung der Einbürgerungsgesuche weiterhin bei der Bürgergemeinde bzw. Einheitsgemeinde (Bürgernähe bleibt gewahrt)
- Vereinfachung bei der Verleihung des Kantonsbürgerrechts an Schweizer BürgerInnen (neu ist Departement und nicht mehr Regierungsrat zuständig)
- Weiterhin Wahlfreiheit der Bürger- bzw. Einheitsgemeinde bei der Bestimmung der verantwortlichen Behörde (Gemeinderat oder Gemeindeversammlung) für die Zusicherung und Verleihung des Gemeindebürgerrechts

Stellungnahme des BWSO zu den Argumenten des Referendumskomitees

... Gesetzesrevision führt zu massiv mehr Einbürgerungen...

Wie bereits ausgeführt, sind die Änderungen marginal. Verfahren und Einbürgerungspraxis bleiben gleich und bedeuten keine Erleichterung. Lediglich die Reduzierung der Einbürgerungskosten (Bundesrecht) kann zu einer Erhöhung der Gesuche führen.

... soll nun alles anders werden...

... Achtung: neue Einbürgerungspraxis!...

Das Referendumskomitee schliesst aus den in diesem Frühjahr durchgeführten Bürgerrechtskursen, dass es darum gehe, (...) *die zurückhaltende Einbürgerungspraxis aufzugeben und die Einbürgerungszahlen massiv zu erhöhen* (...).

Fakt ist, dass der BWSO zusammen mit dem Amt für Gemeinden Bürgerrechtskurse durchgeführt hat. Mit den Kursen wurden folgende Ziele verfolgt:

- Neue Behördenmitglieder zum Bürgerrechtswesen instruieren
- Auswirkungen der Gesetzesrevision bekannt machen
- Hilfestellungen aufzeigen
- Verfahrensabläufe und Verfahrensqualität verbessern

Mit den Kursen wurden die Teilnehmer insbesondere auch über ihre Rechte und Pflichten instruiert, zum Beispiel wie sie die Sprachkenntnisse und die Integration von Einbürgerungswilligen beurteilen können. Sie wurden dabei aufgefordert, diese Prüfung korrekt, seriös und mit der nötigen Strenge durchzuführen. Die obige Aussage des Referendumskomitees ist in diesem Zusammenhang absolut falsch.

... wird versucht, die Bürgergemeinden zu reinen Vollzugsorganen zu degradieren ...

Die Zuständigkeit für die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts bleibt ausschliesslich den Gemeindebehörden überlassen. Es sind die Vertreter der Gemeinden, die die Voraussetzungen für die Eignung beurteilen. Sie beurteilen in persönlichen Gesprächen insbesondere, ob die Gesuch stellenden Personen integriert sind (Sprache / Vertrautheit mit örtlichen Lebensgewohnheiten).

... Solothurnerinnen und Solothurner wollen weiterhin bei Abstimmungen auch zu Einbürgerungen Ja oder Nein stimmen dürfen, ohne dies begründen zu müssen. Dieses Volksrecht dürfen wir uns nicht nehmen lassen ...

Zu diesem Punkt muss vorausgeschickt werden, dass es sich dabei um Vorgaben des Bundes handelt, welche in den Grundsätzen der Bundesverfassung verankert sind. Sie haben keinen direkten Zusammenhang mit der Gesetzesrevision.

Einbürgerungswillige ausländische Staatsangehörige müssen eine Reihe von Kriterien und Anforderungen erfüllen, damit sie eingebürgert werden können. Dieser Anforderungskatalog ist bekannt und für alle Personen gleich.

Die Forderung des Referendumskomitees geht nun soweit, dass zwei Personen, die alle Bedingungen gleich gut erfüllen, die gut integriert und mit unserer Sprache bestens vertraut sind, unterschiedlich behandelt werden können, nur weil in einem Fall das Gesicht nicht passt und/oder die Herkunft stört. Dies ist reine Willkür und Diskriminierung, die nicht in unsere Gesellschaft passt. Einbürgerungswillige haben ein Recht auf eine faire Behandlung. Was spricht somit dagegen, dass ihnen Gründe für eine Ablehnung genannt werden?

Fazit

Das vorliegende teilrevidierte kantonale Bürgerrechtsgesetz – welches nur dank zähen Verhandlungen mit dem Kanton in der Arbeitsgruppe und durch die Vernehmlassung so zustande gekommen ist – stellt für die Bürger- und Einheitsgemeinden eine bestmögliche Version dar.

Sollte die Gesetzesvorlage abgelehnt werden, muss der Kanton auf jeden Fall eine neue Revision ausarbeiten. Diese wird für die Bürger- und Einheitsgemeinden kaum besser ausfallen als die nun vorliegende. Die Vorgaben des Bundes bezüglich Begründung von abgelehnten Bürgerrechtsgesuchen und Wegfall der Einbürgerungstaxen werden auch bei Ablehnung der Gesetzesrevision auf jeden Fall umgesetzt werden müssen.

Empfehlung

Der BWSO-Vorstand distanziert sich vom Referendum gegen das revidierte kantonale Bürgerrechtsgesetz und empfiehlt den StimmbürgerInnen das Gesetz zur Annahme.

Mit freundlichen Grüßen
Bürgergemeinden und Waldeigentümer
Verband Kanton Solothurn BWSO

Präsident:
sig.O. Meier

Geschäftsführer:
sig. G. Kaufmann